



**Europäisches Haus
Pappenheim**

Zentrum für Politik, Kulturen & Sprachen

Joachim Grzega

*Ein anderes Europa – im Sprechen, Denken und Handeln
Ein Beitrag im Vorfeld der Europawahlen 2014*

[EHP Essays – No. 2]



Joachim Grzega

Ein anderes Europa – im Sprechen, Denken und Handeln Ein Beitrag im Vorfeld der Europawahlen 2014

Zusammenfassung

Schon Diskussionen auf kommunalpolitischer Ebene zeigen, dass Wörter uns blenden können. Sie können positive oder negative Gefühle auslösen – je nachdem, mit welchem Ereignis sie verbunden werden oder zu welcher anderen Wörtern sie ähnlich klingen. Das Wort *Sparen* klingt gut, bedeutet in der jetzigen Wirtschaftssituation in der Gesamtbetrachtung jedoch *Vernichten* – Vernichten von Arbeitsplatzqualität, Arbeitsplatzmenge, Allgemeinvermögen und Allgemeinwohl. Hinzu kommt, dass *wirtschaftlicher Erfolg* von uns als Veränderung des Bruttoinlands- oder des Bruttosozialproduktes definiert wird. Diese Definition ist aber keinesfalls naturgegeben. Wir können Wörtern eine neue Definition geben und dadurch die Welt ändern (so wie Neu-Definitionen von *Arbeitsloser* die Arbeitslosenzahlen verbessern). Das heißt auch: Wir können unsere gesellschaftlichen Ziele immer selbst bestimmen. Darum geht es in diesem Beitrag. Er befasst sich mit folgenden Zielen:

- Wir wollen als Land ein guter Partner sein.
- Wir wollen ein langes gesundes Leben genießen.
- Wir wollen eine gute Schulbildung haben.
- Wir wollen jetzt und später ein sicheres Leben in Freiheit und ohne Armut führen.
- Wir wollen staatliche Leistungsbilanzen erzielen, die im Gleichgewicht sind.

Diese Ziele stehen im Einklang mit EU-Vertrag und nationalen Verfassungen und bedürfen eines entsprechenden Modells. Das derzeit herrschende Neoliberalismus-Modell ist letztlich vertrags- und verfassungswidrig. Es hat zu hohen sozialen Ungleichgewichten, hoher Arbeitslosigkeit und einer tiefen Finanz- und Existenzkrise geführt. Analysen zeigen, dass in der EU Schweden, Dänemark, Irland und die Niederlande die alternativen Ziele oft besser erreichen als andere; bisweilen sind auch außereuropäische Länder viel besser. In der Gesamtschau zeigt sich Folgendes: Statt eines unter- oder einseitig ernährten Staates braucht es vielmehr einen gesunden wohlgeformten Staat. Mit *Staat* ist damit die Verwaltung der Leistungen gemeint, die allen Mitglieder eines Landes dienen. Wissenschaftliche Beobachtungen zeigen, dass Folgendes gilt:

- **Je gesünder, wohlgeformter, stärker der Staat, desto höher die Leistungsstärke von Menschen.**
- **Je gemäßigter die Einkommensunterschiede, desto höher der allgemeine Wohlstand.**

Um dies zu erreichen, müssen sowohl die wissenschaftlichen Daten als auch Wendungen wie *gesunder wohlgeformter, starker Staat* vielfältig verbreitet werden.

Einleitende Überlegungen

In welchem Europa wollen wir leben? Was sind erstrebenswerte Ziele? Dieser Beitrag will mit Blick auf die Europawahlen im Mai 2014 zeigen, dass wir durch Wörter, die uns alltäglich in den Massenmedien vorgestellt oder vorenthalten werden, daran gehindert werden, über eine andere Gestaltung Europas nachzudenken. Dieser Beitrag will Menschen dazu anregen, verschiedene Formen von Europa in ihren Köpfen entstehen zu lassen und diese mit den Zielen der einzelnen politischen

KandidatInnen abzugleichen. Der Beitrag will dabei keine bestimmte Partei empfehlen. Der Beitrag will sich auch nicht als Beitrag eines Deutschen für die Europäer verstanden wissen; ich schreibe als Europäer. Genauso wenig will der Beitrag Schelte von PolitikerInnen und JournalistInnen betreiben und ihnen bewusste Manipulation der Menschen unterstellen. Vielleicht sind sie selbst nur durch die jahrelangen Wiederholungen von Wörtern und Wendungen in ihren Denkweisen gefangen. Vielleicht ist auch der empfundene Druck, möglichst viel an Macht und Verkaufsexemplaren zu erzielen, zu groß.

Zunächst ein Beispiel aus meiner unmittelbaren Umgebung. Zu Beginn des Jahres 2014 steht in den Gemeinden wieder die Verabschiedung der Haushalte an. Ich wohne in Bayern. Hier stößt man in kommunalen Haushaltsdebatten vielerorts auf drei ganz pauschale Ansichten:

- Es sei notwendig, dass die Personalkosten gesenkt würden.
- Es sei notwendig, dass die Kommune spare und Schulden abbaue.
- Es sei notwendig, mehr Aufgabenbereiche an effizientere Privatunternehmen abzugeben.

Bei allen drei nachgeplapperten Aussagen vermisst man eine Einbettung in wirtschaftliche Analysen, Zusammenhänge und Erfahrungen. **Doch schon ein kurzes Nachdenken ist ein Anstoß, sich aus solchen verhärteten Sprach- und Denkmustern zu befreien.** Aus den Äußerungen schwingt zum einen der Generalverdacht, dass die Mitarbeiter von Stadtverwaltungen nicht gut genug arbeiteten – **die pauschale Forderung nach Personalabbau ist eine Art General-Mobbing.** Politiker sollten sich nicht zu solch menschenverachtenden Äußerungen hinreißen lassen. Zum anderen muss man sich jedoch Folgendes vergegenwärtigen:

- **Senkung von Personalkosten bedeutet Versklavung oder Arbeitsplatzvernichtung** und damit für das verbliebene Personal gegebenenfalls **gesundheitsschädigende Arbeitsplatzgestaltung.**
- **Sparen und Schuldenabbau bedeuten Investitionsverzicht** und damit geringe Aufträge an die örtliche und überörtliche Privatwirtschaft; **Sparen und Schuldenabbau bedeuten dadurch wiederum Arbeitsplatzvernichtung** und letztlich **Wertminderung des kommunalen Vermögens und eine in der Regel einsetzende Verschlechterung der Lebensqualität** im Ort.
- Die grundsätzliche Aufgabe der Kommune ist, Sorge für das Wohl der Allgemeinheit zu tragen. Die grundsätzliche Aufgabe eines Privatunternehmens ist, Sorge für die Eigentümer des Unternehmens zu tragen. **Die Abgabe kommunaler Aufgabenbereiche an die Privatwirtschaft bedeutet somit Verzicht auf die Sorge um das Allgemeinwohl und Verlust von kommunalem Vermögen.**

Ob nachfolgende Generationen dafür dankbar sein werden, ist fraglich. Und obwohl die Gemeinde so nah ist, denken wir oft nicht ausreichend genug über das wirtschaftliche Handeln für unsere Gemeinde nach. Viele unbedachte Ansichten werden genährt durch deren permanenter Wiederholung in den Massenmedien und darin repräsentierten überörtlichen politischen Mächte – der Politiker der Region, des Landes und sogar der EU. Dazu gehört auch der Aufbau von positiven und negativen Schwingungen von Wörtern.

Das Wort *Inflation* etwa ist im Laufe des 20. Jahrhunderts im Zusammenhang mit der enormen Geldentwertung durch die rasante Geldmengensteigerung in der Weltwirtschaftskrise der frühen 1930er Jahre entstanden. Dieses Phänomen wird in der Fachsprache heute als *Hyperinflation*

bezeichnet. Der Ausdruck *Inflation* wird von Fachleuten heute umfassender gebraucht, doch der negative Beigeschmack ist vor allem in der Alltagssprache geblieben. *Schulden* klingt im Deutschen negativ, weil es mit negativen moralischen und juristischen Ausdrücken zusammenhängt: *Schuld* und *schuldig*. Das trifft übrigens auch auf das Niederländische, Dänische und Schwedische zu. Nicht aber auf andere europäische Sprachen.

Wörter können negative Gefühle auslösen, wenn sie mit einem negativen geschichtlichen Ereignis oder mit anderen negativen Wörtern zusammenhängen. Bei rein sachlicher Betrachtung ist tatsächlich wenig einsichtig, warum Schulden und Inflation so negativ gesehen werden. Besinnen wir uns einmal auf Folgendes. Zu den wirtschaftlichen Hauptakteuren zählen die Unternehmen (darunter die Banken und Medienhäuser), die Privathaushalte und der Staat. Der Staat umfasst alle Angehörigen eines Landes; hier ist mit *Staat* die Verwaltung der Leistungen gemeint, die allen Angehörigen eines Landes dienen. Jeder der drei wirtschaftlichen Hauptakteure hat das Wohl eines anderen im Auge. Der Unternehmer zahlt Löhne, damit diese von den Privatpersonen für seine Produkte ausgegeben werden. Unternehmer und Privatpersonen zahlen Steuern an den Staat, damit dieser zumindest die wichtigsten Rahmengenheiten für das Zusammenleben garantiert. Die wichtigsten Rahmengenheiten sind Sicherheit, Justiz, Straßennetz, Abwasseranlagen und soziale Absicherung. In der realen Welt ist kaum vorstellbar, dass bei einer Einzelperson oder einem Einzelunternehmen jeden Monat oder gar jeden Tag die gleiche Menge an Einnahmen der gleichen Menge an Ausgaben gegenüberstehen. Jedes Mal, wenn ein Teilnehmer des Wirtschaftskreislaufes etwas für eine größere Investition zurücklegt (eine Privatperson für ein Eigenheim, ein Unternehmen für eine Fabrikhalle oder eine staatliche Einrichtung für eine Schule), dann fehlt dies irgendeinem anderen Teilnehmer als Einnahme. Alternativ kann der Investitionswillige sich das Geld von jemandem vorschießen lassen, mit anderen Worten: *Schulden machen*. Das bedeutet allerdings zunächst auch nichts anderes, als dass wiederum irgendein anderer Teilnehmer des Wirtschaftskreislaufes etwas vorher in Geldanlagen angespart haben müsste. Dies wiederum muss schon vorher zu Verlusten bei einem anderen geführt haben. Es wäre ein Teufelskreis, würde nicht zum Zwecke des Fortschritts in der Güter-Welt von Banken Geld zusätzlich gedruckt oder als Buchgeld angeboten. Bei steigender Nachfrage nach Geld und Gütern kann es freilich zu einer gewissen Preiserhöhung kommen. Dies trägt zu dem bei, was man *Inflation* nennt, die Minderung der Kaufkraft des Geldes bzw. die Preissteigerungsrate. Am Ende des Tages belaufen sich sämtliche Ein- und Ausgänge an Geld für die gesamte Wirtschaftsgemeinschaft gesehen auf Null. Mathematisch ist es anders nicht denkbar. Somit sehen wir: für den Fortschritt sind sowohl Inflation und Schulden grundsätzlich notwendig und begrüßenswert. Letztlich gilt also: **Schulden und Sparen sind zwei Seiten derselben Medaille; Nachfrage-Fortschritt und Inflation sind zwei Seiten derselben Medaille. Man kann nur jeweils beide als gut oder beide als schlecht bezeichnen.** Wollte man sich für letzteres entscheiden, müsste man dann auch ein gänzlich alternatives Wirtschaftsmodell vorschlagen.

Wie bei allem im Leben, kommt es auf das Maß an. Eine Inflation bis zu rund 5 Prozent Wertverlust im Jahr hat sich in der Geschichte bislang als unbedenklich erwiesen und gilt in der Wirtschaftswissenschaft als akzeptabel. Welche Staatsschuldenquote als bedenklich anzusehen ist, ist schwerer zu sagen. Bei der Währungsunion hatte sich die EU geeinigt, dass die Staatsschulden nicht 60 Prozent des so genannten Bruttoinlandproduktes (BIP) eines Staates übersteigen sollten. Diese Zahl beruht aber nicht auf irgendwelchen Beobachtungen. Hier genügt zunächst der Hinweis, dass die Krise im Euro-Raum keinesfalls auf Staatsschulden zurückgehen kann. Die schwer getroffenen Staaten Spanien und Irland hatten nämlich von 2000 bis 2007 ihre Staatsschulden permanent bis auf 40 bzw. 25 Prozent des BIP reduziert¹. Selbst 2008 war die Staatsverschuldung von Irland noch im Rahmen, jene von Spanien sogar 2010. Die beiden Länder waren also mit Blick auf die EU-Vereinbarungen

geradezu vorbildlich, während Deutschland schon seit 2003 dieses Kriterium gerissen hatte.

Umgekehrt ist bei rein sachlicher Betrachtung wenig einsichtig, warum Sparen gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten gepredigt wird. Die Geschichte bietet vielmehr eine Reihe von Belegen für folgende Erkenntnis: **Sparprogramme machen eine schwächelnde Wirtschaft zu einer todkranken Wirtschaft**, die auch andere Wirtschaften mit in den Abgrund reißen kann: etwa die amerikanischen und deutschen Spar-Programme nach dem Börsenkrach von 1929 und die lateinamerikanischen Staaten in den 1990er Jahren. Letztere sind erst wieder aufgeblüht, als sie die Einschränkung an öffentlichen Investitionen ablehnten, die ihnen der Internationale Währungsfonds (IWF) damals – so wie heute EU-Ländern – auferlegt hatte².

Ebenso wenig einsichtig ist, warum man noch immer an der Abschaffung von Regeln für die verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und insbesondere für den Finanzbereich festhält. In Großbritannien wurde Ende der 1970er, in Deutschland und allmählich anderen europäischen Ländern ab den 1980ern ohne Not ein erfolgreiches Modell abgelöst: eine europäische Wirtschafts- und Sozialordnung, die seit den 1950er Jahren in Westeuropa zu Wohlstand für alle geführt hatte und die beiden Ölkrisen der 1970er Jahre meistern konnte. Die Abschaffung von Regeln und sozialen Absicherung hat Europa bitter bezahlt. **Der so genannte Neoliberalismus oder Marktradikalismus führte zu einem sprunghaften, nie wieder gänzlich bereinigten Anstieg von Arbeitslosen und hat die Menschen in Nordamerika und Europa in eine tiefe Finanz- und Existenzkrise gestürzt.** Die neoliberale Lehre predigt einen “schlanken Staat” (dieses Bild ist mit Ausnahme von Skandinavien und einem Teil des westlichen Europa häufig). Sie hat jedoch zu einem ungesunden, einseitig ernährten, untergewichtigen Staat geführt. **Man braucht wieder einen gesünderen, besser ernährten Staat.** Dazu braucht man auch etwas, das man *Steuern* nennt. Dies wird vielleicht mehr geschätzt, wenn man **für die Finanzierung der staatlichen Gemeinwohl-Aufgaben Gemeinwohl-Abgaben³ oder Gemeinwohl-Beiträge** sagt.

Mit Blick auf die Europawahlen im Mai 2014 soll in diesem Essay unser wirtschaftliches Handeln aus Richtungen abseits der Massenmedien betrachtet werden. Das Europa, in dem wir leben, können wir selbst mitbestimmen. Dies vergessen wir zuweilen angesichts der wiederkehrenden Darstellungen in den Massenmedien, dass die Welt auf eine bestimmte Art einfach funktioniere. Doch Gesetze zum gesellschaftlichen Zusammenleben sind zum geringsten Teil Naturgesetze. Menschliches Verhalten ist nicht allein von Natur, sondern zu einem Gutteil von Kultur geprägt. Und was den Menschen nun wirklich von Natur aus prägt, darüber gibt es immer wieder neue Erkenntnisse. Rationales Handeln gehört offenbar nicht dazu, wie vielfach gezeigt worden ist⁴. Vielmehr lässt sich der Mensch von Gefühlen leiten, oftmals ausgelöst durch bestimmte Wörter. Wir können mit Wörtern unser Denken und Handeln steuern. **Wir können mit neuen Wörtern zumindest ein neues Denken einleiten, das dann zu einem neuen Handeln führen kann. Und wir können mit unseren Wörtern einfach die Welt ändern, indem wir ihnen einfach eine neue Bedeutung geben. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in den Statistiken einfach senken lassen, indem das Wort *Arbeitsloser* neu definiert wurde.**

“Wohlstand”, “Wachstum”, “wirtschaftlicher Erfolg”

Wirtschaftliches Wachstum ist ein oft erklärtes Wunschziel von Politikern. Dadurch wird wirtschaftliche Kompetenz suggeriert. Für den Allgemeinbürger mag beim Wort *Wachstum* die Vorstellung erweckt werden, dass man immer mehr Exemplare der gleichen Dinge herstellen muss. Dies allein ist

aber beim wirtschaftswissenschaftlichen Fachbegriff *Wachstum* gar nicht gemeint. Er kann auch bedeuten, dass die gleiche Zahl der Dinge mit weniger Einsatz hergestellt werden. Es kann auch heißen, dass neue, fortschrittliche Dinge hergestellt werden. Viele Unternehmen hoffen allerdings darauf, dass sie möglichst wenig in Neuerungen, in Fortschritt stecken müssen, sondern mit den bestehenden Produkten möglichst viel Gewinn erzielen. **Wachstum als wirtschaftliche Größe umfasst also dreierlei:**

- **mehr Exemplare eines Produktes mit dem gleichen Aufwand**
- **gleich viele Exemplare eines Produktes mit weniger Aufwand**
- **ein gänzlich neues Produkt, das dem gleichen Gebrauchszweck dient**

Fachsprachlich ausgedrückt ist Wachstum die Veränderung des Bruttoinlandsproduktes. Das Bruttoinlandsprodukt ist der Wert aller Waren und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres innerhalb eines Staates hergestellt wurden und dem Endverbrauch dienen. Bekannt ist daneben auch das Bruttosozialprodukt; dies ist der Wert aller Waren und Dienstleistungen, die in einer Zeitspanne mit Hilfe von Mitteln und Leistungen der Inländer eines Landes hergestellt werden; es ist das an Inländer insgesamt geflossene Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen. Bei dieser Sichtweise werden die Inländer als eine Einheitsmasse betrachtet.

Bruttoinlandsprodukt (BIP) und *Bruttosozialprodukt (BSP)* bzw. *Bruttonationaleinkommen (BNE)* sind die mit Abstand häufigsten Begriffe, die ich in den von mir ausgewählten Zeitungen als Kennzahl für wirtschaftlichen Erfolg gefunden habe. Dazu sei jedoch Folgendes gesagt: Weder das Bruttoinlandsprodukt noch das Bruttosozialprodukt sagen etwas darüber aus, ob ein Mitglied der Bevölkerung das gesamte von der Bevölkerung erarbeitete Einkommen erhalten hat und die anderen nichts oder ob jedes Mitglied der Bevölkerung das gleiche Einkommen erhält, egal wieviel jeder einzelne gearbeitet hat. Das Bruttoinlandsprodukt und das Bruttosozialprodukt berücksichtigen auch nicht, ob es Mensch und Umwelt gut oder schlecht geht.

Zumindest folgende Erkenntnis sollte uns interessieren: **Es gibt keine naturgegebene Bedeutung von Wohlstand und Wirtschaftswachstum und der Wendung wirtschaftlicher Erfolg.** Wir Menschen können sie anders bestimmen. Dazu sei gesagt, dass der Erfinder des Bruttosozialproduktes, der US-amerikanische Simon Kuznets, das Bruttosozialprodukt gar nicht als Kennzahl für Wohlstand entwickelt hat, sondern zur Prüfung, ob die US-amerikanische Wirtschaft finanzstark genug wäre, um am 2. Weltkrieg teilzunehmen. Er betonte sogar, dass sein Indikator wissenschaftlich gesehen unsolid sei⁵. Längst sind andere Kennzahlen geschaffen worden.

- Der Human Development Index berücksichtigt das Bruttonationaleinkommen pro Kopf, die Lebenserwartung eines Menschen bei dessen Geburt und die durchschnittliche und voraussichtliche Schuldauer
- Der Happy Planet Index berücksichtigt Lebenserwartung, Lebenszufriedenheit und die Fläche Erde, die ein Mensch braucht, um seinen Lebensstandard unter Beibehaltung heutiger Produktionsbedingungen dauerhaft zu ermöglichen.
- Der Index of Sustainable Economic Welfare und die daraus hervorgegangene Ideen für einen Genuine Progress Indicator berücksichtigt die im Haushalt erbrachten Leistungen, den Grad der Nachhaltigkeit unseres Verhalten und die Verteilung von Arbeit und Einkommen positiv und rechnet unerwünschte Folgekosten unseres sozialen und ökologischen negativ mit ein.
- Der Gini-Index stellt die Ungleichverteilung von Einkommen dar und gilt manchen als Ausdruck der gesamtgesellschaftlichen Lage.

Wie beim BIP und beim BSP bzw. BNE ist bei jeder dieser alternativen Kennzahlen deren Ermittlung mal mehr, mal weniger kritisiert worden. Es geht jedoch weniger um Zahlen, die im Detail überzeugen, sondern um grobe Linien, die diese Zahlen erkennen lassen. **Doch im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt und dem Bruttosozialprodukt sind diese alternativen Kennzahlen wenig eingebürgert – was sich in deren Vorkommen in den Massenmedien ausdrückt.** Exemplarisch habe ich die Online-Versionen weit verbreiteter Tagesmedien aus allen Himmelsrichtungen Europas gesichtet. Die untersuchten Online-Zeitungsarchive sind jene von bild.de (*BILD*), krone.at (*Kronen Zeitung*), lefigaro.fr (*Le Figaro*), dailymail.co.uk (*Daily Mail*), dn.se (*Dagens Nyheter*), fakt.pl (*Fakt*), aktualne.cz (*Aktuálně*), nol.hu (*Népszabadság*), corriere.it (*Corriere della sera*), elpais.com (*El País*). Zählt man das Vorkommen aller Kennzahlen zusammen und vergleicht man dann die Häufigkeit der traditionellen Kennzahlen mit den alternativen Kennzahlen, so stellt man fest, dass letztere zwar in *Fakt* und der *KronenZeitung* knapp 10% ausmachen und in der *DailyMail* knapp 6%; in den anderen aber machen sie weniger als 2%, in der *BILD*, dem *Figaro* und dem *Corriere* sogar weniger als 1% aus. **Für die geringe Einbürgerung der alternativen Kennzahlen spricht auch, dass es in einer Reihe von Ländern gar keine einheimische Wortbildung gibt, sondern einfach – gezielt oder nicht gezielt – der manchmal undurchsichtige englische Ausdruck verwendet wird.**

Welche Ziele haben wir Europäer?

Was sind die Ziele, die wir nicht nur als Individuen oder als Bewohner unseres Heimatortes oder unserer Region oder unseres Landes oder unseres Europas? Schließlich ist Europa als Gemeinschaft gedacht. So ist es vertraglich gedacht? Wir sollen wie Brüder und Schwestern sein. Zumindest aber sind wir als Lebenspartner gedacht, nicht als Menschen, die einander bekämpfen sollen – auch nicht wirtschaftlich. Leider ist es in manchen Teilen Europas trotz Friedensnobelpreis um die Solidarität nicht gut gestellt. Manche Menschen in EU-Staaten, die von der Wirtschaftskrise bislang insgesamt weniger betroffen sind, bevormunden, verhöhnen oder diskriminieren andere, die von der Wirtschaftskrise angeschlagen worden sind. Die Frage nach ihrer Mitschuld an der Situation stellen sie sich nicht. Gerade Deutsche, deren Vereinigung durch europäische Solidarität ermöglicht wurde, sollten sich bewusst sein, dass deutsches Dominanz-Verhalten Erinnerungen an die düstere Geschichte ihrer Nation wecken kann, wie bereits jetzt einige europäische Medien zeigen⁶. Manche Politiker treffen Entscheidungen, die letztlich nur den Verursachern der Krise dienen, nicht den betroffenen Menschen. Es wirkt zynisch, wenn dies – etwa im Falle Griechenlands – als Hilfspakete und Rettungsschirm bezeichnet wird. Es wirkt auch zynisch, wenn manche Politiker den Wirtschaftsraum zur finanziellen Ausbeutung eines anderen Partnerlands sehen wollen, dann aber gegen die Freiheit im Wirtschaftsraum sind, wenn die ausgebeuteten Menschen des Partnerlandes ihre Rechte im Ausbeuter-Land wahrnehmen wollen. Auch innerhalb mancher Staaten werden Solidaritäten aufgekündigt. Deutschland ist dafür ein Beispiel. So wurde 1991 der *Solidaritätszuschlag* eingeführt, zunächst zum Auffangen der Kosten für die deutsche Einheit. Dieser Begriff wurde bald zu *Soli* abgekürzt, sodass Solidarität in den Hintergrund getreten ist. **Schon kleine Wortänderungen wie das Verschwinden des Wortes *Solidarität* im Ausdruck *Soli* können große Wirkungen haben.** Der *Soli* ist vielen zur ungeliebten Belastung geworden. Manche Kritiker der alten Bundesländer übersehen dabei, dass der *Soli* auch von den Bürgern der neuen Bundesländer gezahlt werden muss und für eine ganze Reihe von Maßnahmen verwendet worden ist. Daneben gibt es in Deutschland als Solidarpakt den Länderfinanzausgleich: hierbei werden die Steuereinnahmen der einzelnen Länder verglichen und in der Folge die schwächeren Länder von

stärkeren Ländern unterstützt. Welche Signalwirkung hat es, wenn mein Bundesland Bayern gegen den Länderfinanzausgleich klagt, obwohl es von 1950 bis 2012 in nur 25 Jahren Geberland war, aber in 38 Jahren Nehmerland⁷? Parallel dazu gibt es den kommunalen Finanzausgleich, gegen den sich ebenfalls Unmut von einigen reicheren Gemeinde regt. Und es ist sogar soweit, dass manche sogar schon befürchten, dass wirtschaftlich stärkere Ortsteile und Straßenzüge nicht für wirtschaftlich ärmere Ortsteile und Straßenzüge aufkommen wollten. Solidarität ist in manchen Teilen Europas auf vielen Ebenen gefährdet. Hier kann ein größeres Wir-Denken stattfinden. Wenn also im Folgenden von *Wir* die Rede ist, dann ist damit gemeint: *Wir Menschen in der EU*.

Ziel: Wir wollen gute Partner sein.

Für ein Funktionieren der Euro-Zone sind im europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt zwei grundsätzliche Regeln für die Länder vereinbart worden⁸. Ob sie sinnvoll waren oder nicht, ist an dieser Stelle uninteressant; nur deren Einhaltung interessiert:

- “Der staatliche Schuldenstand darf nicht mehr als 60% des Bruttoinlandsprodukts betragen.” Das war schon zu Beginn nicht von allen eingehalten worden: Belgien, Italien, Griechenland, Österreich, Schweden sowie, wenn auch knapp verfehlt, Spanien, Deutschland und die Niederlande. Einige leisteten jedoch bezüglich dieser Vereinbarung gute Arbeit, besonders Schweden, Spanien und die Niederlande. Deutschland schaffte zunächst einen Abbau, lag aber ab 2002 wieder darüber und legte fast beständig zu.
- “Das jährliche Haushaltsdefizit darf nicht mehr als 3% des Bruttoinlandsprodukts betragen.” Mehrfach gerissen wurde diese Vereinbarung als erstes von Griechenland, dann von Portugal und Deutschland sowie von Italien und Frankreich.

Wie gesagt: Ob die Vereinbarungen überhaupt sinnvoll waren, steht hier auf einem anderen Blatt. Wenn man sie nicht für sinnvoll oder einhaltbar hält, dann hätte man sie auch gemeinsam ändern müssen.

Zusätzlich heißt es in Artikel 282 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union⁹: “(1) Die Europäische Zentralbank und die nationalen Zentralbanken bilden das Europäische System der Zentralbanken (ESZB). Die Europäische Zentralbank und die nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, bilden das Eurosystem und betreiben die Währungspolitik der Union. (2) Das ESZB wird von den Beschlussorganen der Europäischen Zentralbank geleitet. Sein vorrangiges Ziel ist es, die Preisstabilität zu gewährleisten.” Gewährleistung von Preisstabilität in einem Europäischen System bedeutet, dass sich alle Mitglieder des Systems an eine möglichst nahe beieinander liegende Inflationsrate halten müssen. Diese wurde vom EZB-Rat, in dem alle Nationalbanken vertreten sind, als “nahe, aber unter 2 Prozent” definiert, also 1,7 bis 1,9 Prozent. Dies bedeutet auch, dass alle Nationalbanken als EZB-Ratsmitglieder darum bemüht sein müssen. Doch die einzigen, die zum Ausbruch der Euroraum-Krise 2007 sagen konnten, dass dieses Ziel unterm Strich (also im Ausgleich von Über- und Unterschreitungen) eingehalten war, waren Frankreich und Österreich¹⁰. Deutschland und Finnland hatten die Vereinbarungen nach unten verletzt, alle anderen nach oben. **Wenn man sich auf ein Ziel einigt, dann ist es gleich schlecht, ob man links oder rechts vorbeigeschossen hat.**

Da die Nationalbanken unabhängig von Politikern sind, kann man letzteren keinen Vorwurf für dieses Versagen machen, allenfalls indirekt in Ländern, in denen die Regierung einen Teil der Verant-

wortlichen von Nationalbanken vorschlägt.

Ziel: Wir wollen neben einem hohen Bruttonationaleinkommen auch eine hohe Lebenserwartung und eine gute Schulbildung.

Wenn dies unser Ziel sein soll, dann müssen wir uns jene Länder anschauen, die beim Human Development Index einen hohen Wert erzielen. Der Human Development Index berücksichtigt nämlich das Bruttonationaleinkommen pro Kopf, die Lebenserwartung eines Menschen bei dessen Geburt und die durchschnittliche und voraussichtliche Schuldauer. Glücklicherweise weisen fast alle EU-Staaten eine "sehr hohe menschliche Entwicklung" auf, Bulgarien und Rumänien zumindest eine "hohe menschliche Entwicklung". An Nummer 1 steht im Index für 2012¹¹ jedoch ein europäisches Land, das nicht Teil der EU ist: Norwegen. An Nummer 2 steht Australien, an dritter Stelle die USA. Die ersten fünf EU-Länder stehen auf den Rängen 4, 5, 7 (2x) und 15: Niederlande, Deutschland, Schweden, Irland und Dänemark. Nun muss ein langes Leben noch nicht heißen, dass es ein gesundes langes Leben ist. Daher wenden wir uns gleich folgendem Ziel zu.

Ziel: Wir wollen ein langes gesundes Leben.

Wenn wir nur dieses Ziel hernehmen, dann schneidet Deutschland gegenüber all seinen direkten Nachbarn schlechter ab, zum Teil erheblich. Ein durchschnittliches Mädchen, das 2011 in Europa geboren wurde, erwartet laut Eurostat-Datenbank 62,2 gesunde Jahre; ein durchschnittlicher Knabe sieht 61,7 gesunden Jahren entgegen. Blickt man auf die nationalen Zahlen, so kann ein durchschnittliches deutsches Mädchen sich nur auf 58,7 Jahre und ein Junge auf 57,9 Jahre freuen. Besonders gute Aussichten hatten 2011 geborene EU-Kinder in Schweden und Malta (mit über 70 gesunden Jahren in Aussicht) sowie in Norwegen, Luxemburg, Irland, Großbritannien, Spanien und Griechenland (mit über 65 gesunden Jahren in Aussicht).

Ziel: Wir wollen ein sicheres Leben.

Hier lohnt sich ein Blick auf den Failed State Index¹² ("Gescheiterter-Staat-Index"), der vom Fund for Peace seit 2005 ermittelt wird und sich aus 12 Aspekten zusammensetzt. Darunter befindet sich auch der Punkt "fortschreitende Verschlechterung öffentlicher Dienste", der die Garantie der öffentlichen Sicherheit mit einschließt. Die EU-Länder kommen bei diesem Punkt bei der letzten Bewertung (2010) auf einen Durchschnittswert von 2,8. Bis 2,5 gilt ein Land als stabil und zukunftsfähig. Darunter fallen in der EU (in absteigender Reihenfolge) Finnland, Schweden, Dänemark, Österreich, Niederlande, Frankreich, Deutschland, Belgien, Luxemburg, Großbritannien, Spanien und Irland. Betrachtet man die 12 Aspekte insgesamt gehören im Jahre 2010 die folgenden EU-Mitglieder zu den in diesem Index so genannten stabilen, zukunftsfähigen Staaten (in absteigender Reihenfolge): Finnland, Schweden, Irland, Dänemark, Österreich, Luxemburg, Niederlande. Das Land, das insgesamt am Besten abschneidet, ist Norwegen.

Sicherheit bedeutet auch Absenz von Gewalt. Die EU hat 2012 den Friedensnobelpreis verliehen bekommen, "für über sechs Jahrzehnte, die zur Entwicklung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa beitrugen"¹³. Das sollte der EU Anlass sein für die Entwick-

lung mindestens zweier weiterer Dinge:

- Entwicklung von Frieden außerhalb Europas, wozu die Umwandlung der Rüstungsindustrie hin zu einer reinen Verteidigungsindustrie ohne Versendung von Waffen jenseits Europas gilt (anstatt die Rüstungsindustrie als Feld für europäisches Wirtschaftswachstum aufzufassen)
- die Abschaffung jeglicher Form von Massenvernichtungswaffen in Europa, auch der “finanziellen Massenvernichtungswaffen”, wie Warren Buffett Finanzderivate nannte¹⁴, also solche Geschäfte, die etwa auf den zukünftigen Wert eines Gutes oder eines Geldpapiers wetten, also spekulieren.

Zu einem sicheren Leben gehört auch, dass wir über die Grundversorgung wie Energieversorgung, Müllentsorgung, Gesundheitsbereiche, Regionalverkehr, Post und Telekommunikation verfügen – wir alle. Deswegen **muss die Grundversorgung auch in den Händen einer Einheit liegen, die für die Allgemeinheit zuständig ist – dies kann nur eine staatliche Einheit sein, da Unternehmen (einschließlich Banken und Medienhäuser) in unserem Wirtschaftsmodell profitorientiert sein müssen**. Unternehmen eignen sich in unserem Modell daher nicht für die Bewältigung von Aufgaben des Gemeinwohls. Dennoch wird seit den 1980er Jahren die Verscherbelung öffentlichen Gutes an konkurrierende profitorientierte Unternehmen als Allheilmittel für staatliche Effizienz gesehen. Sie ist jedoch eher eine Droge. Man wird abhängig von einem Unternehmen, das sogar monopolistisch mit dem einstmaligen öffentlichen Gut umgehen kann, denn niemand würde auf die Idee kommen ein konkurrierendes Schienen- oder Telekommunikationsnetz aufzubauen. Doch eine ländervergleichende Studie der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) in Wien hat gezeigt¹⁵: Die Folgen der Privatisierung für die Allgemeinheit sind Preissteigerung und Qualitätsverlust und damit unsicherer Zugang zu einem allgemein benötigten Gut. Man kann festhalten¹⁶: Die Verstaatlichungspolitik der europäischen Nachkriegszeit bewerkstelligte erfolgreich, dass kranke Unternehmen saniert wurden und wirtschaftliche Schlüsselbereiche allgemeinwohlorientiert betrieben wurden; versäumt wurde lediglich dies auch mit neuen Schlüsselbereichen der Energieversorgung und Kommunikation zu tun. Dies hätte zu einem weiterhin sicheren Leben beigetragen – letztlich auch zu einem selbstbestimmten Leben, frei von Ängsten um ausreichende Grundversorgung.

Ziel: Wir wollen ein selbstbestimmtes Leben, ein Leben in Freiheit.

Wir haben schon gesehen, dass durch einen Wortbaustein ganze Wortfelder positiv oder negativ klingen können und dass man oft gar nicht mehr sieht, was sich Schlechtes hinter einem schönem Klang verbindet. Wörter mit dem Bestandteil *frei* klingen gut. Das gilt auch für andere europäische Sprachen. Zu solchen Wörtern zählen neben *Freiheit* auch *freier Markt* und *Freihandel*. Zuviel *Freiheit* des einen kann aber auch zu einer Bedrohung des anderen werden. **Deswegen ist das Frei-Sein von mehreren Menschen nur mit Regeln für jeden einzelnen vorstellbar. Das gilt beim Wort *freies Spiel der Kräfte* erst recht, denn auch jedes Spiel funktioniert nur mit Regeln**. Und je komplexer die Angebote zur Freiheitgestaltung sind, desto umfassendere Regeln wird man brauchen. Auch ein *freier Markt* hat Regeln – schon immer, denn die ursprüngliche Idee von *Markt* im wirtschaftswissenschaftlichen Sinne war, jedem die gleiche Chance im Wettbewerb zu garantieren. **Wenn jedoch bestimmte Bereiche nur von wenigen hochspezialisierten Unternehmen und Unternehmensvertretern beherrscht werden, die von der Allgemeinheit nicht überblickt und/oder beeinflusst werden können, dann liegt auch kein Markt vor**. Der Finanzbereich etwa gehört seit den 1980er Jahren trotz aller Wortgebilde eindeutig nicht dazu. Dieser Bereich, der kaum

Regeln kennt und in dem Riesen-Verluste von der öffentlichen Hand aufgefangen werden, ist eigentlich unvergleichbar. Vielleicht passt am Besten *Finanzmafia*.

Leben in Freiheit bedeutet auch Leben ohne Einengungen durch mangelnde Grundversorgung (siehe oben) oder Armut (siehe unten).

Ziel: Wir wollen weder jetzt noch später in Armut leben.

Wenn wir keine Armut wollen, dann stellt sich auch hier die Frage, was wir unter Armut verstehen. In der EU galt bis vor einigen Jahren die Definition, dass derjenige arm ist, der weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens verdient. Heutzutage gilt derjenige als arm, der weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens verdient. Man muss besonders bei Zahlen immer aufpassen, welche Definition einem Wort wie *Armut* zu Grunde liegt und **ob bei mehreren Zahlen immer die gleiche Bedeutung des Bezugswortes wie etwa *Armut* vorliegt**. Zur Veranschaulichung ein Beispiel: Sagen wir, es gibt eine Person, der pro Arbeitsstunde 100 EUR übrig bleiben, und vier Personen, denen pro Arbeitsstunde jeweils 1 EUR übrig bleibt. Nach der älteren Definition wäre die Armutsgrenze bei 50% des Durchschnitts :

100	
1	
1	
1	
1	
1	
104	→ Durchschnitt = $104 : 5 = 20,8$ davon 50% = 10,4 → es gibt 4 Arme

Nach der neueren Definition wäre die Armutsgrenze bei 60% des Mittelwerts, auch *Median* genannt.

100	
1	
1	→ Mittelwert
1	
1	

davon 60% = 0,6 → es gibt 0 Arme

Das heißt, nur über die neue Definition hätte man in dieser Gruppe die Armut abgeschafft.

Wieviel Prozent der Menschen in Europa sind nach dieser Definition selbst nach Verteilung der Sozialleistung von Armut bedroht? 2005 waren dies gemäß Eurostat in der EU 16,4 Prozent, 2011 waren es 16,9 Prozent. Besonders geringe Gefahr bestand 2005 für Schweden (9,5%) und 2011 für Tschechen (9,8%). Innerhalb der Euro-Zone am wenigsten bedroht waren 2005 und 2011 die Niederländer (10,7% und 11,0%), außerhalb der EU-Zone waren es in Europa 2005 und 2011 die Norweger (11,4% und 10,5%). Abgesehen von Ausnahmen, die im Rahmen dieses Aufsatzes nicht genauer analysiert werden können, schneiden Nord- und West-Europa einschließlich Deutschland und Österreich besser ab als Süd- und Ost-(Mittel-)Europa.

Als weitere Kennzahl von Armut kann man sich den Prozentsatz der Menschen anschauen, die ge-

mäß Eurostat an “materiellem Entzug” leiden¹⁷. Das hört sich kompliziert an. Es genügt für unsere Zwecke darauf hinzuweisen, dass auch bei dieser Kennzahl Nord- und West-Europa einschließlich Deutschland und Österreich besser abschneiden als andere Regionen.

Eine dritte Kennzahl für Armut kann der Human Poverty Index¹⁸ (“Menschliche-Armut-Index”) sein, der seit 1997 von der UN berechnet wird. Er berücksichtigt für Industrieländer die Wahrscheinlichkeit vor dem 60. Lebensjahr zu sterben, den Prozentsatz der Analphabeten in der erwachsenen Bevölkerung, den Prozentsatz der Menschen mit einem Einkommen von weniger als 50% des Medians und den Prozentsatz der Langzeiterwerbslosen (12 Monate und länger). Die europäischen Länder mit der geringsten Armut (weniger als 10 von 100 Punkte) waren im letzten Bericht (2007/08) Schweden, Norwegen, die Niederlande, Finnland und Dänemark. Italien hat 29,8 Punkte. Die restlichen westeuropäischen Länder haben zwischen 10 und 20 Punkten. Für die sich entwickelnden Länder gibt es mittlerweile den Multidimensional Poverty Index¹⁹ (“Multidimensionaler Armut-Index”). Hier schneiden die Nachfolgestaaten der UdSSR, Ostmitteleuropa und der Balkan, aber auch die Vereinigten Arabischen Emirate besonders gut ab.

Mit dem Einzug des marktradikalen Neoliberalismus in Westeuropa wurden allmählich wieder Suppenküchen und Lebensmittelausgaben für Bedürftige eingerichtet: ab 1984 in Frankreich (die *Restos du Coeur* ‘Restaurants des Herzen’), ab 1986 in Belgien, ab 1993 in Deutschland (die *Tafeln*), später auch in Spanien, Österreich, den Niederlanden, Ungarn und Polen. Man kann diesen Einrichtungen für ihre Arbeit dankbar sein. Aber es wirkt doch etwas zynisch, wenn Politiker in Regierungsverantwortung sich lächelnd bei solchen Einrichtungen bedanken und sie für begrüßenswert halten. Viel eher scheint Scham angebracht, dass es solcher Einrichtungen im reichen Europa überhaupt bedarf und die Politik nicht mehr fähig ist, derartige Armut zu beenden.

In den letzten Jahren haben manche europäischen Länder im demografischen Wandel eine Gefahr für Armut im Alter gesehen. Im Englischen gibt es dafür den sehr bildhaften Ausdruck *greying of Europe* ‘Europas Ergrauen’ oder ‘Europas Grau-Werden’. Als Ausweg für dieses mutmaßliche Problem sind private Vorsorge und längere Lebensarbeitszeit vorgeschlagen und teilweise schon eingeführt worden. Spätestens auf den zweiten Blick erscheinen diese Schlussfolgerungen jedoch unlogisch:

- Wie wir bereits in der Einleitung gesehen haben, **ist volkswirtschaftlich ein Sparen in die Zukunft nicht möglich**, denn (1) die jetzigen verzinnten Ersparnisse des Einen sind die jetzigen verzinnten Kreditnahmen des Anderen; (2) wenn keiner Kredite braucht, gibt es auch keine Zinsen auf Ersparnisse; (3) im Sparstrumpf verliert das Geld an Kaufkraft. **Es muss also immer das augenblicklich erwirtschaftete Vermögen auch immer für die Versorgung aller augenblicklich lebenden Einwohner hergenommen werden**. Dann ist es aber auch nicht einzusehen, warum eine ausreichende Grundversorgung die Finanzindustrie als unzuverlässigen Zwischenhändler brauchen sollte statt von vornherein vom Staat geleistet zu werden.
- Wie gesagt: Das augenblicklich erwirtschaftete Vermögen muss immer für die Versorgung aller augenblicklich lebenden Einwohner hergenommen werden. Das sind aber nicht nur die Nicht-Mehr-Erwerbstätigen, sondern auch die Noch-Nicht-Erwerbstätigen, also unsere Kinder. Diese aber sind ja gerade weniger geworden als früher. Darüber hinaus steigt in der Regel ja auch die gesamtwirtschaftliche Produktivität. Insofern relativiert sich die angebliche Bedeutung des demografischen Wandels für das Versorgungssystem.
- Ungeachtet gesundheitlicher Fragen ergibt eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit überhaupt nur dann einen Sinn, wenn gleichzeitig auch genug angemessene Erwerbsarbeit auf

Vollzeitstellen angeboten wird. Dagegen sieht man in Europa im Vergleich zu den 1990er Jahren einen politisch unterstützten Ausbau von Teilzeitstellen (ausgenommen Dänemark, Irland, Lettland, Litauen, Tschechien, Bulgarien und Rumänien) und ein Ausbau von zeitlich befristeten Stellen (ausgenommen Dänemark, Finnland, Norwegen, Irland, Malta und Tschechien)²⁰. Erhöhungen des Rentenalters erscheinen damit nur als (hinter)listiger Weg zur Kürzung von Renten.

Ziel: Wir wollen ein nachhaltiges Leben führen, also ein solches Leben, das die Erde nur soweit nutzt, dass sie sich selbst wieder erneuern kann, damit wir selbst und unsere Kinder in späteren Jahren ein natürliches Leben führen können.

Bei einem solchen Ziel bietet sich der Blick auf den Happy Planet Index an. Eingerechnet werden hier Lebenserwartung, Lebenszufriedenheit und die Fläche Erde, die ein Mensch braucht, um seinen Lebensstandard unter Beibehaltung heutiger Produktionsbedingungen dauerhaft zu ermöglichen. Letzteres ist auch bekannt als ökologischer Fußabdruck. Nach dieser Rechnung schneiden einige lateinamerikanische Staaten sowie Vietnam sehr gut ab. **Europäische Staaten sind im Hinblick auf Lebenslänge, Lebenszufriedenheit und Umweltschutz bestenfalls im Mittelfeld zu finden**; am Besten schneidet Albanien ab. Einige europäische Staaten schneiden sogar schlecht ab: Dänemark, Lettland, Slowakei, Bulgarien und Mazedonien.

Ein anderer Versuch ist der Index of Sustainable Economic Welfare (‘Index für nachhaltigen wirtschaftlichen Wohlstand’), kurz: ISEW. Das Bruttosozialprodukt/Bruttonationaleinkommen misst die wirtschaftliche Produktion einer Nation. Bei einer Steigerung dieses Wertes könnten wir nun den Eindruck gewinnen, unser Wohlstand sei gestiegen. Doch im Bruttosozialprodukt/ Bruttonationaleinkommen wird vieles als positiv gebucht, was viele Allgemeinbürger eher als negativ sehen. Schadensbeseitigungen bei Umwelt und Menschen, die durch unser Verhalten ausgelöst werden, gelten beim Bruttosozialprodukt als positiv. Beim ISEW dagegen werden unerwünschte Folgekosten unseres sozialen und ökologischen Verhaltens negativ eingerechnet. Darüber hinaus gibt es noch weitere Aspekte, die vom BIP abweichen. So werden beim ISEW die im Haushalt erbrachten Leistungen, der Grad der Nachhaltigkeit unseres Verhalten und die Verteilung von Arbeit und Einkommen berücksichtigt. Bislang fehlen großflächig vergleichende gleichartige Berechnungen. In einer Studie²¹ wurden die ISEW-Werte von 1950 bis 1990 für die USA, Großbritannien, die Niederlande, Deutschland, Österreich und Schweden verglichen. Dabei schneiden die Niederlande deutlich am Besten ab (deren ISEW-Wert liegt sogar über dem des BSP). Danach kommen Deutschland, Österreich und Schweden. Die USA sind im Jahr 1990 kaum über das Niveau von 1950 hinausgekommen, Großbritanniens Wert war zwar bis in die zweite Hälfte der 1970er Jahre angestiegen; ab dem Zeitpunkt der Einführung des Thatcherismus jedoch wieder auf das Niveau von 1950 zurückgefallen. Auf der Basis des ISEW wird gerade ein Genuine Progress Indicator diskutiert. Die EU hat dazu die “Jenseits-des-BSP-Initiative” (*Beyond GNP Initiative*) ins Leben gerufen.

Ziel: Wir wollen Leistungsbilanzen, die im Gleichgewicht sind.

Aus irgendeinem Grunde glauben viele, dass es gut sei, die Leistungsbilanzen eines Landes, also das Verhältnis von Exporten und Importen, ständig im Ungleichgewicht zu halten, und zwar zu-

gunsten von ersterem. Im Deutschen hat man dafür sogar das Wort *Exportweltmeister* geschaffen, das in den anderen europäischen Sprachen, die ich untersucht habe, gar nicht oder kaum vorkommt – selbst in Sprachen von Ländern, die ähnlich gern die Exporte den Importen vorziehen. Ohnehin kann man sich fragen, wie eine Exportweltmeisterschaft überhaupt als Gewinn für ein Land betrachtet werden kann, wenn diese durch gedrückte Lohnentwicklung und unter Umständen nicht einlösbare Geldforderungen an das Ausland erreicht worden sind. ***Exportweltmeister ist ein besonders eingängiges Beispiel dafür, wie ein guter Wortklang eine schlechte Sache verschleiert.***

Schauen wir uns also an, wer sich über einen gewissen Zeitraum hinweg im Gleichgewicht befindet. Betrachten wir dazu den 6-Jahres-Zeitraum der EU-27, also von 2007 bis 2013. Wenn wir die Jahresbilanzsalden für Vorgänge mit Nicht-EU-Ländern miteinander verrechnen und prüfen, wer nach sechs Jahren am ehesten die Gleichgewichtssumme 0 erreicht, dann stellen wir fest, dass Deutschland nicht an Nummer 1 ist, sondern an vorletzter Stelle. Nur die Niederlande schneiden noch schlechter ab. Am vorbildlichsten zeigen sich in dieser Hinsicht Litauen, Lettland und Malta. Freilich kann man einwenden, dass man die unterschiedlichen Einwohnerzahlen der Länder mit berücksichtigen müsste. Aufgrund der Schwankungen ist eine Pro-Kopf-Berechnung wenig sinnvoll. Stabil wäre hingegen eine Berechnung pro angefangene Million an Einwohner. Also quasi wie ausgeglichen schafft es eine Gruppe aus bis zu einer Million Menschen in den einzelnen Ländern nach 6 Jahren im Gleichgewicht zu sein? Bei dieser Betrachtung liegt Deutschland auf Platz 20. An letzter Stelle stehen wieder die Niederlande. Die Spitzenplätze nehmen Frankreich, Litauen und Ungarn ein. Wir können auch eine ganz milde Betrachtungsweise ansetzen und prüfen, inwieweit Länder ausgewogen mal die Rolle eines Importeurs und mal jene eines Exporteurs angenommen haben. Auch hier befindet sich über den 6-Jahres-Zeitraum Deutschland in der schlechtesten Gruppe; es nahm stets die Rolle des Exporteurs an. Am besten schneidet hier Slowenien ab, es war in drei Jahren Importeur und in drei Jahren Exporteur. Frankreich schafft es zumindest 4 Jahre Exporteur und 2 Jahre Importeur zu sein. Ein 5:1-Verhältnis in die eine oder andere Richtung liegt bei Litauen, Polen, Rumänien, Lettland, Tschechien, Italien, Portugal, Estland, Slowakei und Zypern vor. Alle anderen befinden sich im 6-Jahresvergleich im extremen Ungleichgewicht. In Partnerschaften muss aber entweder ein Geben-Nehmen-Ausgleich stattfinden oder man sieht sich als echte Wirtschaftsgemeinschaft mit einem gemeinsamen Finanzwesen einschließlich Buchhaltung an.²²

Ähnliches können wir nun für Handelsbilanzen für Geschäfte innerhalb der EU überprüfen. Immerhin ist die Schiefelage in der EU auch durch "schiefe" Handelsbilanzen bedingt worden. Wählen wir die absoluten Zahlen, sind Deutschland erneut an vorletzter und die Niederlande an letzter Stelle zu finden; am besten schneiden Litauen und Estland ab. Nehmen wir die Handelsbilanz pro Million Menschen, nimmt Deutschland Platz 14 ein, die Niederlande den letzten Platz; die besten Ränge werden von Italien und Litauen erreicht.²³

Ziel: Wir wollen Gerechtigkeit.

Auch *Gerechtigkeit* ist ein vager, situationsabhängiger Begriff. ***Gerecht schiene es schonmal, wenn Löhne sich parallel zur Produktivität entwickeln würden. Gemäß einer Studie der International Labour Organization (ILO) war dies für die Spanne 1990 bis 2006 nur in Irland, Luxemburg, Schweden, Spanien und Tschechien sowie in Mexiko der Fall²⁴.*** Ein gegenüber dem Produktivitätszuwachs höherer Lohnzuwachs wurde in Griechenland, Großbritannien, Norwegen und Portugal sowie in China und Südafrika gewährt. Ein gegenüber dem Produktivitätszuwachs ge-

ringerer Lohnzuwachs zeigt sich innerhalb der EU in Belgien, Dänemark, Frankreich und den Niederlanden. Eine noch größere Lohnzurückhaltung zeigt sich in Italien und Ungarn. Eine massive Lohndrückung zeichnet Deutschland, Finnland, Österreich, Polen und die Slowakei aus. International war die Lohndrückung in Brasilien und Russland besonders heftig.

Gemäß der ILO-Studie ist **in vielen europäischen Ländern von 1990 bis 2006 auch die Ungleichheit der Einkommensverteilung gestiegen**²⁵. Als Kennzahl wurde hier der Index, den der italienische Mathematiker Gini vorgeschlagen hergenommen. Der Gini-Index ist eine Zahl zwischen 0 (völlige Gleichheit) und 1 (völlige Ungleichheit = einer bekommt alles). Etwa gleich geblieben ist der Gini-Index in Europa lediglich in Dänemark, Deutschland und Frankreich; deutlich gesunken ist er nur in der Schweiz und in Slovenien (dessen Wert sich auf jenen Schwedens einpendelte). In allen anderen europäischen Länder hat sich die Einkommensungleichverteilung erhöht. Außerhalb Europas zeigt sich Guyana und der Jemen sowie eine Reihe von afrikanischen Staaten südlich der Sahara als vorbildlich in der Verminderung der Ungleichverteilung der Einkommen. Die Vermögensungleichverteilung ist im Übrigen noch bedeutend größer. Mehr als doppelt so groß ist der Gini-Index für Vermögen etwa in Deutschland und Frankreich sowie in Kanada.

Gerechtigkeit kann aber auch noch mehr bedeuten, dass Vorgänge in unserer Gesellschaft frei von Korruption sind. Der Corruption Perceptions Index²⁶ misst die bei Politikern und Beamten wahrgenommene Korruption. Unter die zehn besten Staaten fallen im Jahre 2013 die skandinavischen Länder, die Schweiz, die Niederlande, Neuseeland und Australien, Kanada und Singapur.

Dass keine Korruption wahrgenommen wird, heißt im Übrigen noch lange nicht, dass deshalb alles sachbezogen abläufe. Für Karrieren mag vielleicht nicht gezahlt werden; aber das heißt nicht, es komme auf die Leistung des Bewerbers an. Bei wie vielen Karrieren entscheidet letztlich das Beziehungsgeflecht. Das muss gar an sich nichts Negatives sein. Einen negativen Beigeschmack erhält dies erst, wenn so getan wird, als zähle im Wesentlichen die Leistung. Im Global Corruption Barometer²⁷ jedenfalls, das in verschiedenen Bereichen den von Experten wahrgenommenen Korruptionsgrad von 1 (überhaupt nicht korrupt) bis 5 (sehr korrupt) angibt, haben immerhin alle untersuchten EU-Länder einen Durchschnittswert von 3,0 bis 3,8 (nicht untersucht wurden die Niederlande, Österreich, Polen und Schweden). **Angesichts dieser Korruptionsindex-Werte erscheint auch die Beschreibung Europas als Leistungsgesellschaft bzw. leistungsgerechte Gesellschaft als Wortblase. Sie erscheint auch als Wortblase, wenn Erwerbstätige bei voller Erfüllung ihrer Aufgaben entlassen werden oder wenn sich die Einkommen zweier Menschen und mehr als das 100-fache unterscheiden oder wenn die Leistung eines Investmentbankers höher eingeschätzt wird als die eines Allgemeinarztes oder wenn die Leistung einer deutschen Pflegekraft höher eingeschätzt wird als die einer rumänischen Pflegekraft.** Der durchschnittliche Korruptionsgrad im Bereich der Medien ist in Tschechien und Estland nur unter 3,0. In Griechenland ist er 4,4. In den anderen EU-Ländern steht geht er von 3,0 bis 3,9. International gesehen ist er in Burundi besonders niedrig (1,2).

Zwischenbilanz

Was können wir als Zwischenbilanz festhalten?

- Manche Kennzahlen sprechen dafür, **dass die EU sich bescheiden verhalten sollte**. Bei der Überwindung von Staatskrisen und bei der Beachtung ökologischer Belange haben eine Rei-

he von lateinamerikanischen Staaten sehr gut abgeschnitten. In vielen Bereichen liegt **Norwegen** vorne.

- Manche Kennzahlen sprechen dafür, **dass klassisch-erfolgreiche Länder sich bescheiden verhalten sollten**. Sie sind nicht unbedingt bei modernen, alternativen Zielen erfolgreich. Des Öfteren erweisen sich bei den alternativen Zielen **Schweden, die Niederlande, Irland und Dänemark** erfolgreich.
- Im EU-Vertrag²⁸ heißt es (in Artikel 2 der derzeit gültigen Fassung): “Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.” Gemäß EU-Vertrag (Artikel 3 der derzeit gültigen Fassung) wirkt die EU “auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin. Sie fördert den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt. Sie bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes. Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten.” Aus diesen Zielen sowie den Zielen der nationalen Verfassungen in der EU geht hervor, dass der seit 3 Jahrzehnten andauernde Neoliberalismus abzuschaffen ist. **Der Neoliberalismus ist vertragswidrig und verfassungsfeindlich.**
- Wir haben gesehen: **Wörter formen unser unbewusstes Denken**. Sie lösen negative oder positive Gedanken aus, je nachdem mit welchem Ereignis sie verknüpft werden, je nachdem zu welchem anderen Wörtern sie ähnlich klingen, je nachdem wie bildhaft sie sind. Die fachsprachliche Bedeutung von Wörtern kann von der alltagssprachlichen Bedeutung abweichen. Die Bedeutung von Wörtern ist grundsätzlich veränderbar, was gerade für zeitliche Vergleiche relevant ist.

Wege

Der Mensch scheint selbst nicht fähig, das wirtschaftliche Geschehen wirklich zu überblicken. Der Mensch scheint außerdem nicht fähig, die ethischen Folgen seines Handelns zu überblicken. Ein Privathaushalt will seine Basis- und Luxus-Bedürfnisse befriedigen, durchaus unter ethischen Aspekten. Doch die Entstehung eines Gutes ist für ihn nicht sichtbar und auch nicht immer nachvollziehbar. Es kann auch nicht von jeder Privatperson für jedes Gut geleistet werden. Selbst bei weitestmöglicher Recherche werden Qualen für Mensch, Tier und die restliche Umwelt nicht immer sichtbar. Auch das Hoffen auf ein allgemeines ethisches Bewusstsein ist realitätsfremd, vor allem im nicht-öffentlichen Bereich oder in einem Bereich, in dem andere Werte vorgeschrieben und vorgelebt werden. Ebenso sind auch Unternehmer Menschen – viele mit hohem ethischen Bewusstsein, manche aber auch mit weniger, vor allem im nicht-öffentlichen Bereich. Die erste Aufgabe des Unternehmers ist bei unserem derzeitigen Modell immer die Gewinnmaximierung. Neben einer fortschrittlicheren Ethik, einem fortschrittlicheren Gesellschaftsmodell bleibt nur ein allgemeines öffentliches Regelwerk, dessen Einhaltung kontrolliert wird. Nur ein Gremium an Politikern ist daher in der Lage, entsprechende allgemeine Rahmenbedingungen zu schaffen. Und

dieses Gremium muss öffentlich sein, da auch Politiker nur Menschen sind, viele mit hohem ethischen Bewusstsein, manche aber auch mit weniger, vor allem im nicht-öffentlichen Bereich.

Es sei nochmals betont, dass solche Vorschläge keine pauschale Hetze gegen die mutmaßlichen Siegreichen des jetzigen Systems sind. Freilich müssen jene, die nach geltendem Recht Verbrechen begangen haben, bestraft werden. Strafverfolgung nach geltendem Recht. Verständnis habe ich für jene, die nach geltendem Recht versucht haben, möglichst viel für sich herauszuholen. Was der einzelne darf, kann jedoch dem Interesse der Allgemeinheit zuwider laufen. Es kann sogar sich widersprechende politische Bedingungen geben. PolitikerInnen mögen zwar beispielsweise so handeln, dass Gewinne an einzelne fallen und Verluste von allen geleistet werden müssen (ohne dass es spürbare Maßnahmen für die Schuldigen der Verluste gibt). Aber solche Maßnahmen verstoßen eigentlich gegen die EU-Verträge.

Als Deutscher erlaube ich mir zu sagen: Werden Deutsche sich der Folgen ihres eigenen wirtschaftlichen Handelns für andere Völker bewusst – so wie sie oben angeschnitten wurden –, dann ergibt sich als erster Vorschlag für die alternativen Ziele eine Sprechweise, die nicht Herablassung ausdrückt: **es täte wohl anderen Europäern und uns Deutschen gut, sagten wir für das eine oder andere einmal “Wir bitten um Verzeihung!”**.

Sodann sollte man Möglichkeiten wahrnehmen, jene Länder kennenzulernen, die bei den genannten alternativen Zielen gut abschneiden. Aber natürlich mangelt es schon jetzt nicht an Lösungsvorschlägen, um die oben vorgestellten alternativen Ziele zu erreichen. Vielfach geht es dabei um Rückbesinnung auf die Ideen des britischen Ökonomen John Maynard Keynes. **Die Prinzipien von Keynes wurden nach der Krise der 1930er Jahre zunächst in den USA, nach dem Zweiten Weltkrieg auch in Westeuropa erfolgreich umgesetzt, haben sogar zwei Ölkrisen zu überwinden vermocht und wurden ohne Not ab den 1970er Jahren aufgegeben.** Ein umfassender Vorschlag zur Erweiterung des Keynes-Modells ist die Ökosoziale Marktwirtschaft²⁹ zu liegen, wie sie im Europäischen Haus Pappenheim von Franz-Josef Radermacher vorgestellt worden ist, der sie wissenschaftlich begründet hat. **Die Ökosoziale Marktwirtschaft beinhaltet, dass Umwelt als handelbares Produkt und daher mit Kosten verbunden wird und dass Energieverbrauch und Energieträgerverbrauch besteuert werden.** Sie soll damit auch zu einem umfassenderen gesellschaftlichen Umdenken führen, das sich in vielen kleinen Änderungen widerspiegelt. Eine solche Änderung stellt zum Beispiel ein fleischfreier (oder gar tierfreier) *Veggie Day* dar, wie er von Restaurants und Kantinen in einigen Städten Belgiens und Deutschlands umgesetzt wird. Legt man diesen Tag auf einen Freitag, dann lassen sich ökonomische, ökologische, medizinische und ethische Gründe sogar mit kulturellen Gründen verbinden – da im traditionellen Christentum der Freitag fleischfrei ist. In einigen Medien sind Befürworter eines fleischfreien Tages als “Spaßbremse” titulierte worden. Man fragt sich allerdings, welche Vorstellung von *Spaß* solche Autoren haben – immerhin müssen dazu andere Lebewesen umgebracht und Umweltzerstörung betrieben werden.

Für die ökosoziale Marktwirtschaft plädiert unter anderem die Global-Marshall-Plan-Initiative³⁰. Sie spricht sich ferner aus

- für eine ausreichende Finanzierung zur Erreichung der **UN-Millenniumsziele**³¹ zur Bekämpfung von Armut, Seuchen und Kindersterblichkeit, zur allgemeinen grundständigen Bildung, zur Gesundheitsversorgung von Müttern, zur Geschlechtergleichheit und zum Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung

- für eine **faire Besteuerung von Finanztransaktionen und Umweltverbrauch**
- für einen **globalen Ordnungsrahmen** wirtschaftlichen Handelns

Auch andere haben sich für eine Wiederaufnahme und Weiterentwicklung des Modells stark gemacht, das Westeuropa nach dem zweiten Weltkrieg groß gemacht hat. Die vier Grundsäulen wären dabei der Sozialstaat, das Prinzip der persönlich Haftung, die Mischung aus staatlichen und unternehmerischen Wirtschaftszweigen und die Verhinderung wirtschaftlicher Macht durch Befürwortung kleiner und mittelständischer Unternehmen. Als wichtige Elemente werden dabei auch Freiheit zur Erholung und zur Pflege sozialer Bindungen sowie Freiheit von Stress und Angst.

Es gibt auch Vorschläge für eine radikale Neugestaltung der Wirtschaft, etwa die Gemeinwohl-Ökonomie³². Wie der Name *Gemeinwohl-Ökonomie* es ausdrückt, wäre der Beitrag zum Allgemeinwohl das Ziel wirtschaftlichen Handelns. Im Vordergrund stünde die Verminderung des Naturverbrauchs, also des ökologischen Fußabdrucks. Gewinn wäre dabei nicht mehr Ziel, sondern nur noch Weg zum Ziel. Die volkswirtschaftlich entscheidende Kennzahl wäre das Gemeinwohlprodukt, die betriebswirtschaftliche Kennzahl nicht mehr die Finanzbilanz, sondern die Gemeinwohlbilanz. Je besser diese ausfiele, desto mehr rechtliche Vorteile hätte der Betrieb. Für den internationalen Wirtschaftsaustausch gäbe es eine Währungs Kooperation mit einer globalen Recheneinheit. Die Details eines solchen Modells und deren Realisierungsmöglichkeiten sollen jedoch in einem demokratischen Prozess noch erörtert werden. Das Modell erforderte letztlich eine neue Art Mensch. Allerdings könnten einige Ideen auch in die Weiterentwicklung einer sozialen Marktwirtschaft eingebettet werden.

Der Berücksichtigung von ökologischen Aspekten beim Verständnis von Wirtschaftswachstum schließt sich auch Heiner Flassbeck an³³, was auch nach seiner Ansicht einen starken Staat bedinge. Er hat im Europäischen Haus Pappenheim vor allem einige Vorschläge zur unmittelbaren Bewältigung der Krise im Euro-Raum gemacht, die eine europaweite Angleichung der Wirtschaftskraft erlauben:

- In den Staaten, die die Inflationsvereinbarungen mittels Lohndumping missachtet haben, sollten ihre **Löhne massiv nach oben fahren, damit Binnennachfrage und Importe zum Ausgleich der Leistungsbilanzunterschiede angekurbelt werden**. Nicht flexibel-instabile Arbeitsmärkte, sondern stabile Arbeitsmärkte sind das Gebot der Stunde. Als Lohnsteigerungsformel wäre danach wieder einzuführen: Produktivitätszuwachs + Inflationsziel.
- In den Staaten, die derzeit als Problemstaaten gelten, sollten staatliche **Investitionsprogramme zur Verbesserung des gesellschaftlichen Lebens** gefahren werden, die vor allem einheimischen Haushalten und Unternehmen zu Gute kommen.
- **Wenn sowohl Privathaushalte als auch Unternehmen sparen, muss der Staat mittelfristig mit Blick auf die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung Ausgaben tätigen**, über Aufträge oder Steuerpolitik die Nachfrage nach Privatkonsum und Unternehmensinvestitionen ankurbeln.
- Geldpolitik muss neben dem Ziel der moderaten Inflation, also der Preisniveaustabilität, auch die **Vollbeschäftigung** im Blick haben. Des Weiteren muss die Finanzpolitik Regelungen einführen, die **Finanzprodukte nur dann genehmigen, wenn sie einen gesellschaftlichen Nutzen und leicht beherrschbare Risiken haben**.

Auch in anderen Quellen finden sich einige der genannten Punkte in ähnlicher Formulierung sowie außerdem folgende Strategien³⁴:

- große **Finanzkonzerne verstaatlichen** (womit nicht nur die faulen, sondern auch werthaltige Forderungen an den Allgemeinheit übergehen) und diese Konzerne auf ein gemeinnütziges Geschäftsmodell verpflichten, das im Dienst der Realwirtschaft steht
- den **profitorientierten Privatunternehmen überlassene Bereiche der allgemeinen Grundversorgung wieder verstaatlichen** (wie Energieversorgung, Müllentsorgung, Gesundheitsbereiche, Nahverkehr und Eisenbahn, Post und Telekommunikation)
- für bestehende Regelungen, die die Umverteilung von unten nach oben verstärkt haben, **Regelungen, die fairen Wettbewerb ermöglichen, einführen**
- eine einmalige Abgabe auf Vermögen von Multimillionären einholen
- eine EU-weite **Steuerpolitik einführen, die den Staat für seine verfassungs- und EU-vertragsmäßigen Aufgaben solide ausstattet**
- Altschulden der EU-Staaten streichen
- Staaten ermöglichen, sich Geld direkt bei der Europäischen Zentralbank statt auf einem unregulierten globalen Finanzmarkt zu besorgen
- Einkommen weniger extrem verteilen, damit der Staat auf fehlende Nachfrage bei Privathaushalten seltener mit kreditfinanzierten Staatsausgaben reagieren muss
- europaweit Mindestlöhne einführen

Viele WirtschaftswissenschaftlerInnen sprechen sich gegen solche Maßnahmen aus, weil sie eine Schwächung des Arbeitsmarktes befürchten. In diesem Essay geht es jedoch nicht darum zu befürchten, sondern etwas nachzuweisen. Und daran mangelt es. Bisherige Studien haben beispielsweise vielmehr den **Nachweis erbracht, dass Mindestlöhne im Grundsätzlichen keinen Einfluss auf die Arbeitsmarktsituation haben**³⁵.

Mit diesen Regeln könnte man dann **das gegenwärtige Modell eines Wohlstands-Killers durch das Modell eines Wohlstands-Schöpfers ersetzen**. Es braucht einen gesunden, wohlgeformten Wohlfahrtsstaat. Aus der genannten Studie der International Labour Organization geht Folgendes hervor³⁶: **Je ausgeprägter der Sozialstaat, desto höher die Arbeitskraft bzw. Leistungsstärke von Menschen**.

In der Tat scheint die ausgewogene Verteilung von Einkommen ein wichtiger Motor zu einer besseren Gesellschaft zu sein. Warum? Weil Dutzende von Vergleichen von Richard Wilkinson und Kate Pickett zeigen³⁷, dass es einen statistisch bedeutsamen Zusammenhang zwischen Einkommensungleichverteilung und vielen sozialen Problemen gibt—mal stärker, mal schwächer. Der englische Titel *The Spirit Level* (wörtlich ‘Das Niveau des Geistes’) ist übersetzt worden mit *Gleichheit ist Glück*. Nun soll damit nicht gemeint sein, dass alle Personen das genau gleiche Einkommen beziehen sollen, aber die Unterschiede sollen eben gering sein. Nähme man den bereits erwähnten Gini-Index und vergleicht die Leistung einzelner Staaten bei den verschiedenen Kennzahlen³⁸, dann erweist sich in jedem Falle ein Index um 0,400 vor Steuern und Sozialleistungen und ein Gini-Index zwischen 0,200 und 0,250 nach Steuern und Sozialleistungen als effizient. Die Werte von Wilkinson und Pickett sind das Verhältnis der oberen 20 Prozent zu den unteren 20 Prozent, wie sie im Human Development Report der Vereinten Nationen des Jahres 2006 angegeben sind. Von den europäischen Ländern berücksichtigen sie bewusst nur die Länder, die als reich gelten. Ich möchte mich bei den Zusammenfassungen ihrer Ergebnisse positiv ausdrücken, ohne dass damit nach totaler Gleichverteilung gerufen wird.

- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto höher das soziale (incl. gesundheitliche) Wohlergehen.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto höher die Lebenserwartung.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto geringer die Kindersterblichkeit.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto höher das Wohlergehen von Kindern.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto weniger Geburten im Teenage-Alter.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto höher der soziale Status der Frau.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto besser die PISA-Ergebnisse.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto weniger psychische Erkrankungen.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto weniger übergewichtige Jugendliche.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto weniger fettleibige Erwachsener.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto eher das Vertrauen der Menschen untereinander.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto weniger Mordfälle.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto weniger Konflikterfahrungen bei Kindern.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto weniger Gefängnishäftlinge.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto mehr Freizeit.
- Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto höher die Recycling-Rate.

Zusammengefasst: **Je gemäßiger die Einkommensunterschiede, desto höher der allgemeine Wohlstand.** Wilkinson und Pickett kommen zu folgendem Schluss: “Wenn es nicht gelingt, die Einkommensungleichheit entscheidend zu reduzieren, braucht man mehr Polizisten, mehr Richter, Gefängnisse, Kliniken, Psychiater usw. – und das heißt mehr Geld. Wenn also Steuern und Transferleistungen niedrig gehalten werden, was ja zu noch größeren Einkommensunterschieden führt, dann werden die überhandnehmenden sozialen Probleme eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben erzwingen.”³⁹

Deshalb sei auch nochmals gesagt, dass diese Vorschläge nicht Ausdruck der Hetze gegen die Oberen sein sollen. Durch die hier vorgeschlagenen Wege werden Besserverdienende nicht arm oder in ihrer Lebensqualität eingeschränkt. Vielmehr wird ja auch die Lebensqualität der Besserverdienenden durch eine harmonische **Union gesunder Staaten** gesteigert – Staaten, in denen man nicht um die Sicherheit seiner selbst oder seiner Familie fürchten muss, in denen man nicht auf eine gute Infrastruktur verzichten muss, in denen man nicht einer wohltuenden Umwelt nachtrauern muss.

Ausblick: Wie gestalte ich Gespräche mit Kandidaten für das EU-Parlament?

Es gibt PolitikerInnen, die behaupten, dass vertragliche und verfassungsmäßige Aufgaben besser vom freien Markt geregelt werden sollten als von PolitikernInnen. Wer soll solche PolitikerInnen wählen – PolitikerInnen also, die sich selbst die Kompetenz für ihre Aufgaben absprechen? Doch selbst mit solchen KandidatInnen kann sich ein ehrliches, echtes Gespräch lohnen – ein Gespräch, in dem die Gründe für diese Behauptung erfragt und ehrlich erörtert wird.

Es lohnt sich zur Vorbereitung außerdem die Lektüre eines Überblickswerkes zu Wirtschaft und

Wirtschaftsgeschichte, z.B. den Comic-Band *Economix*⁴⁰, sowie die Lektüre der ersten Artikel des EU-Vertrages. Diese Texte lassen sich auch zur Diskussion mitnehmen. Die im EU-Vertrag formulierten Ziele kann man dann gegenwärtigen Problemen und den hier vorgeschlagenen Wegen gegenüberstellen und KandidatInnen für das EU-Parlament um deren Bewertungen und Lösungsvorschläge bitten – und bereits amtierende ParlamentarierInnen auch fragen, warum diese Lösungsvorschläge bislang noch nicht umgesetzt sind. Lassen Sie **vorgeschlagene Wege immer mit den übergeordneten Zielen verbinden**. Dass Wege viel zu selten mit den übergeordneten Zielen verknüpft werden, ist schon etwas, was viel zu oft in schnellen Massenmedien vorkommt. Lassen Sie sich Nachweise geben, die den Weg für ein Ziel begründen können.

Es wird sich vor allem lohnen, im Gespräch mit den MandatsbewerberInnen, keine Wörter und Wendungen aus der typischen neoliberalen Sprache zu verwenden, sondern – etwa wie hier vorgeschlagen – **alternative Ausdrucksweisen zu nutzen**. Dies würde dazu beitragen, eine frische Sichtweise auf die Dinge zu bekommen. Die EU-Parlamentsmitglieder sind die VertreterInnen der Allgemeinheit, die Vertreter des Staates – und **wir brauchen nicht nur einen über Gemeinwohl-Beiträge besser ernährten, gesunden Staat, sondern auch gesunde StaatsvertreterInnen – es sind die VertreterInnen von uns allen**.

Europäisches Haus Pappenheim, 4. Januar 2014

Joachim Grzega

Anmerkungen

- 1 Soweit nicht anders angegeben, entstammen alle EU-Daten der EU-Statistik-Datenbank *Eurostat*: <http://ec.europa.eu/eurostat> (01-01-14).
- 2 Vgl. J. Stiglitz, *Die Schatten der Globalisierung*, Berlin 2002.
- 3 Diesen Ausdruck hat mein Vater, Günter Grzega, vorgeschlagen – so etwa zitiert in M. Bunjes, “Nehmt unser Geld”, *Publik-Forum* 11/2013, 17.
- 4 Vgl. z.B. D. Ariely, *Denken hilft zwar, nützt aber nichts*, München 2008; D. Kahnemann, *Schnelles Denken, langsames Denken*, München 2011; G. Gigerenzer, *Risiko*, München 2013.
- 5 Vgl. S. Kuznets, “National income, 1929–1932”, 73rd US Congress, 2d session, Senate document no. 124, 1934.
- 6 Vgl. H. Schmidt, “Pflicht zur Solidarität”, *Die Zeit* 27.12.12 (auch in H. Schmidt, *Mein Europa*, Hamburg 2013, 304ff.).
- 7 http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Laenderfinanzausgleich/laenderfinanzausgleich.html?view=renderPrint (01-01-14).
- 8 Entschließung des Europäischen Rates über den Stabilitäts- und Wachstumspakt (Amsterdam, 17. Juni 1997) [Amtsblatt C 236 vom 2.8.1997]: http://europa.eu/legislation_summaries/economic_and_monetary_affairs/stability_and_growth_pact/125021_de.htm (03.01.14).
- 9 <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2012:326:0047:0200:DE:PDF> (01-01-14).
- 10 Eigene Berechnung auf Basis der Eurostat-Daten (DE 1,6 – FI 1,7 – FR 1,9 – AT 1,9 – BE 2,1 – IT 2,3 – NL 2,4 – PT 2,9 – IE 3,1 – HE 3,2 – ES 3,2).
- 11 <http://hdr.undp.org/en/content/human-development-report-2013> (01-01-14).
- 12 http://www.foreignpolicy.com/articles/2009/06/22/the_2009_failed_states_index (01-01-14).
- 13 http://www.nobelprize.org/nobel_prizes/peace/laureates/index.html (01-01-14).
- 14 W. Buffet, “Chairman’s Letter”, in: Berkshire Hathaway Inc. (ed.), *2012 Annual Report*, Berkshire 2012, S. 15.
- 15 T. Brandt, *Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und deren Auswirkungen auf Qualität, Beschäftigung und Produktivität*, Wien 2009.
- 16 Vgl. S. Wagenknecht, *Freiheit statt Kapitalismus*, München 2012, 339f.
- 17 Im Original heißt es *materielle Deprivation*, definiert als “3 der 9 Posten materieller Deprivation in der Dimension ‘Wirtschaftliche Belastung und langlebige Gebrauchsgüter’”.
- 18 http://hdr.undp.org/sites/default/files/reports/268/hdr_20072008_en_complete.pdf (01-01-14), 241ff.
- 19 <https://data.undp.org/dataset/Table-5-Multidimensional-Poverty-Index/7p2z-5b33> (01-01-14).
- 20 International Labour Office, *World of Work Report 2008*, Geneva 2008, 119.

- 21 P. Lawn, "A theoretical foundation to support the Index of Sustainable Economic Welfare (ISEW), Genuine Progress Indicator (GPI), and other related indexes", *Ecological Economics* 44/1 (2003), 105-118.
- 22 Eigene Berechnung auf Basis der Eurostat-Daten für Extra-EU27-Handel (Entfernung von der 0-Marke in absoluten Zahlen: Spannweite von LT 1.371 MioEUR bis NL 645.125 MioEUR; Entfernung von der 0-Marke pro Mio Menschen: Spannweite von FR 327 MioEUR bis NL 37.949 MioEUR).
- 23 Eigene Berechnung auf Basis der Eurostat-Daten für Intra-EU27-Handel (Entfernung von der 0-Marke in absoluten Zahlen: Spannweite von LT 630 MioEUR bis NL 151.378 MioEUR; Entfernung von der 0-Marke pro Mio Menschen: Spannweite von IT und LT 230 MioEUR bis NL 8.905 MioEUR).
- 24 International Labour Office, *World of Work Report 2008*, Geneva 2008, 7.
- 25 International Labour Office, *World of Work Report 2008*, Geneva 2008, 11 & 44.
- 26 <http://www.transparency.org/research/cpi/overview> (01-01-14).
- 27 <http://www.transparency.org/gcb2013> (01-01-14).
- 28 <http://eur-lex.europa.eu/JOHtml.do?uri=OJ:C:2010:083:SOM:DE:HTML> (01-01-14).
- 29 <http://www.foes.de/> (01-01-14); vgl. z.B. auch F. Radermacher & B. Beyers, *Welt mit Zukunft*, Hamburg 2011.
- 30 <http://www.globalmarshallplan.org/> (01-01-14).
- 31 <http://www.unric.org/html/german/mdg/index.html> (01-01-14).
- 32 <http://www.gemeinwohl-oekonomie.org/de> (01-01-14).
- 33 <http://www.flassbeck-economics.de/> (01-01-14); vgl. z.B. auch H. Flassbeck, *Zehn Mythen der Krise*, Berlin 2012.
- 34 Vgl. z.B. J. Stiglitz, *Der Preis der Ungleichheit*, München 2012; L. Zeise, *Euroland wird abgebrannt*, Köln 2012; S. Wagenknecht, *Freiheit statt Kapitalismus*, München 2012; H.-J. Chang, *23 Lügen, die sie uns über den Kapitalismus erzählen*, München 2012; M. Goodwin & D. Burr, *Economix*, Berlin 2013; M. Schulz, *Der gefesselte Riese*, Berlin 2013; BEIGEWUM, *Mythen des Sparens*, Hamburg 2013; http://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/veroeffentlichungen_der_arbeitsgruppe/memorandum_2013/index.html (01-01-14).
- 35 Vgl. P. Bofinger im Kap. VI des Jahresgutachtens 2013/2014 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 289ff., http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg201314/dokumente/JG13_VI.pdf (01-01-14).
- 36 International Labour Office, *World of Work Report 2008*, Geneva 2008, 88.
- 37 R. Wilkinson & K. Pickett, *Gleichheit ist Glück*, Berlin 2009.
- 38 <http://stats.oecd.org/index.aspx?queryid=46189> (01-01-14)
- 39 R. Wilkinson & K. Pickett, *Gleichheit ist Glück*, Berlin 2009, 272.
- 40 M. Goodwin & D. Burr, *Economix*, Berlin 2013. Ebenfalls sehr anschaulich, aber weniger umfassend, sind: S. Wagenknecht, *Freiheit statt Kapitalismus*, München 2012, und H.-J. Chang, *23 Lügen, die sie uns über den Kapitalismus erzählen*, München 2012.